

Fukushima: Sinnbild der atomaren Bedrohung

Politik und Kultur der Kernenergie Japans

Zur Katastrophe in Fukushima und dem orientalischen Blick Deutschlands

Das Erdbeben vom 11. März ist eine Katastrophe für Japan. Mit der unübersichtlichen Lage und den ständig sich veränderten Meldungen bleibt es schwer, den Ausgang der Krise abzuschätzen. Während die JapanerInnen versuchen, ihre zerstörten Städte wieder aufzubauen, ihre vermissten Liebsten lebend wiederzufinden und eine nukleare Katastrophe abzuwenden, sieht die gesamte Welt in einer Mischung aus Mitgefühl und Sensationslust gebannt zu. Insbesondere die Berichterstattung deutscher Medien war in den Tagen und Wochen nach der Katastrophe einerseits von einer hysterischen Eilmeldung nach der anderen, andererseits von einem perfiden Japan-Bild gekennzeichnet, das tiefliegende ethnozentrische und orientalistische Vorstellungen offenlegte.

Julian Plenefisch, Historiker und Japanologe, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Ostasiatischen Seminar der Freien Universität Berlin, 31.3.2011

Die deutsche Japanologie war in den vorigen Wochen dementsprechend mit zwei Dingen beschäftigt: Während man bemüht war, von FreundInnen, Studierenden und KollegInnen aus Japan ein Lebenszeichen zu erhalten, verlangten MedienvertreterInnen über ständige Anrufe und Interviewanfragen nach Kontakten nach Japan – zu deutschsprachigen Menschen, die möglichst nah am Beben waren, vielleicht sogar zu jemandem, der etwas Strahlung abbekommen hatte. Geradezu kindlich enttäuscht zeigten sich die MitarbeiterInnen der Medien am Telefon bei der Auskunft, dass man leider niemanden in der Region Tohoku (Nordostjapan), sondern nur KollegInnen in Tokyo kenne. Beim Kommentar einer MedienvertreterIn, dass in Tokyo ja aber gar nicht so viel passiert sei, war es schwierig, freundlich zu bleiben. Erstaunen lassen einen auch die sogenannten Analysen einiger deutscher KommentatorInnen zum kollektiven Umgang der Menschen in Japan mit der Katastrophe. Keine Massenpanik, keine Plünderungen, Menschen verfallen nicht dem Kannibalismus – das könne nur an der sehr spezifischen, ureigenen Kultur des Japaners liegen. Es ist nicht nur sehr beunruhigend, dass scheinbar für einige KommentatorInnen der Zerfall menschlicher Zivilisation in einer Krisensituation zum erwarteten Normalzustand zu gehören scheint – das hier vorliegende Verständnis von Kultur zeugt erstens von einem wenig gesellschaftsanalytischen Blick und zweitens von einem Bewusstsein über nicht-europäische Gesellschaften als exotisch. Knapp 40 Jahre postkoloniale Forschung ist nicht nur an den deutschen Medien vorbeigegangen.

Ein erstaunliches Extrembeispiel stellte der Asienkorrespondent des ARD Robert Hetkämper dar. Der vergleichsweise ruhige Umgang der Menschen in Japan mit dem drohenden atomaren GAU irritierte Hetkämper so sehr, dass er im „Morgenmagazin“ des WDR am 15. März die Stimmung in Japan nur mit der Lethargie im „Führerbunker“ vom Mai 1945 vergleichen konnte. Das japanbezogene Fachwissen

Fukushima: Sinnbild der atomaren Bedrohung

dieses „Asienexperten“ reichte so weit, dass er in der WDR-Sendung „Aktuelle Stunde“ am 17. März behauptete, der Betreiber des krisengeschüttelten Atomkraftwerks Fukushima, Tokyo Electric Power Company (TEPCO), habe seit Jahren Obdachlose, Minderjährige und Gastarbeiter als „Wegwerfarbeiter“ angeheuert, wissentlich Strahlung ausgesetzt und sie dann entlassen. Diese unmenschliche wie absurde Vorstellung scheint durch ein Japan-Bild motiviert zu sein, in dem sich JapanerInnen von größeren, finsternen Mächten fatalistisch ausnutzen lassen. Hetkämpers Aussagen zeugen von purer Unwissenheit. TEPCO hat in den letzten Tagen eingestanden, dass ein nicht unwesentlicher Teil seiner Belegschaft aus Zeit- und LeiharbeiterInnen bestehe. Atypische Arbeitsverhältnisse sind in Japan seit den achtziger Jahren bei immer mehr Unternehmen auf dem Vormarsch. Ähnlich wie in Deutschland sind Zeit- und LeiharbeiterInnen in Japan aber keineswegs durchweg unausgebildete Kräfte. Menschen in diesen Arbeitsverhältnissen werden im Japanischen *freeta* – vom englischen Begriff *freelancer* – genannt. Möglicherweise hat der Begriff *freeta* Hetkämpers „investigativen“ Journalismus durcheinandergeworfen. Ähnlich kompetent philosophierte bei Anne Will am 20. März eine Expertengruppe über die japanische Mentalität in der Krise. Mit großer Bewunderung erklärte Theo Sommer, dass in Japan die Gemeinschaft mehr als das Individuum zähle. Insbesondere seien hierfür Buddhismus und der Kaiserkult verantwortlich. Daher würden JapanerInnen im Angesicht der Katastrophe mehr zusammenhalten als andere Menschen und sich fünfzig mutige Feuerwehrmänner dem Strahlenrisiko in Fukushima aussetzen. Ja, auch er würde sich für sein Land opfern, wenn es denn die Umstände verlangten. Kryptisches Halbwissen über die Rolle des Kaisers (*tennō*) in der japanischen Gesellschaft scheint sich bei Sommer mit einem sehr deutschen Bedürfnis nach nationaler Opferbereitschaft zu verbinden.

In einen ähnlichen ethnozentrischen Pathos verfällt bereits seit Tagen „Spiegel Online“. Hier erinnert der Einsatz der Feuerwehrmänner „in den verstrahlten Ruinen von Fukushima [...] bisweilen an die Kamikaze-Flieger, die Japan gegen Ende des Zweiten Weltkrieges als lebende Bomben gegen amerikanische Kriegsschiffe fliegen ließ“.¹ Welche Gemeinsamkeiten sieht der Spiegel-Autor eigentlich zwischen einem Feuerwehrmann, der seine Gesundheit aufs Spiel setzt, um Menschen vor atomarer Verstrahlung zu bewahren, und einem Kampfpiloten, der in einem Vernichtungskrieg anstrebt, möglichst viele Menschen mit in den Tod zu reißen? Das nationale Opfer wird hier als Konstante der japanischen Kultur konstruiert. Dass sich sowohl viele der Kamikaze-Piloten als nun auch der Feuerwehrmänner in Fukushima nicht gerade freiwillig den sicheren Tod bzw. diesem Risiko aussetzten, wird dabei vergessen. Ebenso ausgeblendet wird, dass die gegenwärtige Opfer- und Hilfsbereitschaft in Japan, die als Ausdruck der starken Kollektivbezogenheit der japanischen Kultur gewertet werden, auch bei den New Yorker Feuerwehrmännern und Polizeibeamten am 11. September 2001 zu beobachten war. Nur würde Theo Sommer wahrscheinlich nicht behaupten, dass in der New Yorker Kultur die Gemeinschaft mehr als das Individuum zähle.

1 „Stadt im Bann von Angst und Apathie“, Spiegel online, 22.03.2011.

Fukushima: Sinnbild der atomaren Bedrohung

Dieser Form der Berichterstattung – bestehend aus Sensationslust, Unwissenheit und Orientalismus – widersprechen zusehends fachkundige ExpertInnen. Verena Blechinger-Talcott, Professorin für Politik und Wirtschaft Japans an der FU Berlin, musste dem Tagesspiegel erklären, dass die JapanerInnen ganz sicher nicht pauschal ein ruhigeres Temperament als andere Menschen haben.² Und Mishima Ken'ichi, Professor für Sozialphilosophie und zeitgenössische Philosophie an die Wirtschaftsuniversität Tokyo, überzeugte die Frankfurter Rundschau davon, dass erstens das Verhalten von Menschen in Japan das Ergebnis von Sozialisation und nicht einer idealistischen Vorstellung von Zivilisation sei und zweitens dass die JapanerInnen nicht per se durch Regierung und Medien fremdbestimmt seien.³ Sachkundige Überblicke über die gegenwärtige politische Gemengelage lieferten Irmela Hijiya-Kirschner, Professorin für Literatur und Kultur Japans an der FU Berlin, und Reinhard Zöllner, Professor für Japanologie an der Universität Bonn.⁴ Sebastian Conrad, Professor für Neuere Geschichte an der FU Berlin, kritisierte die ethnozentrische Art der Berichterstattung deutscher Medien.⁵

Katastrophe und Kultur in Japan

Wie aber ist die Situation in Japan? Nehmen die JapanerInnen ihr Schicksal entschlossen hin? Opfern sich Menschen in Japan bereitwillig für die Gemeinschaft? Betreiben japanische Regierung und Medien bewusst Desinformation, um eine Panik abzuwenden?

Um sich ein Bild über die Lage in Japan zu machen, muss man verstehen, dass die unmittelbare Katastrophe des Bebens nun schon mehrere Wochen zurück liegt. Noch immer sind tausende Menschen vermisst – und werden wohl auch nie gefunden werden. Hunderttausende Menschen müssen in Notunterkünften ausharren, einige wenige sind bereits von Nachbarstädten kostenlos in Sozialwohnungen untergebracht worden. Dennoch ist Japan nicht Haiti. Japan ist die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt, verfügt über das wahrscheinlich weltweite beste Katastrophenprogramm und tausende Spezialisten. Fast täglich berichten japanische Zeitungen, dass sich Familien und Freunde nach Wochen der Unsicherheit doch noch wiedergefunden haben. Es ist korrekt, dass es keine Massenpanik in den Notunterkünften gibt, dass sich Menschen oft stundenlang geduldig für Wasser und Essen anstellen. Dies hat aber weder mit Buddhismus noch mit Kaiserkult zu tun. Schon im Kindergarten müssen JapanerInnen regelmäßig an Katastrophenübungen teilnehmen. Das Training und der hohe Organisationsgrad des Katastrophenschutzes geben den Menschen ein Gefühl der Sicherheit. In einem Land, in dem jedes Jahr die Erde mehrmals heftig bebt, wissen die Menschen, dass man im Notfall nur gemeinsam durchkommt.

2 Interview im Tagesspiegel, 13.03.2011.

3 Interview in Welt, 27.03.2011, und FR, 20.03.2011.

4 Interview in der Welt, 28.03.2011.

5 Interview in SZ, 16.03.2011.

Fukushima: Sinnbild der atomaren Bedrohung

Die Zeit unmittelbar nach dem Beben der Richterskala-9, das weite Teile Tohokus verwüstete, einen Zehn-Meter-Tsunami verursachte und die Millionenstadt Sendai zerstörte, war dagegen sehr wohl von Panik und Unsicherheit geprägt. Die Menschen in Japan nahmen die Ereignisse nicht fatalistisch hin, sondern kämpften ums Überleben. Nachbeben erschütterten an den folgenden Tage erneut Japans Nordosten. Bis heute hat die Metropolenregion Tokyo mit seinen 35 Millionen EinwohnerInnen nur unregelmäßig Elektrizität. Die tagelang leeren Supermärkte zeugen von Hamsterkäufen und Angst vor dem Kommenden. Viele Tankstellen hatten bereits nach wenigen Stunden kein Treibstoff mehr zu verkaufen. Narita, der internationale Flughafen Tokyo, war lahmgelegt, während tausende Menschen versuchten, nach Süden oder ins Ausland zu reisen.

Anders verhält es sich mit dem drohenden nuklearen GAU. Bis etwa zum Mittwoch den 24. März, kann die öffentliche Stimmung als angespannt abwartend beschrieben werden. Es wäre völlig falsch, anzunehmen, Menschen in Japan seien sich nicht über die Risiken radioaktiver Strahlung im Klaren. Es ist vielmehr so, dass viele JapanerInnen der Überzeugung sind, dass die Regierung Krisen abwenden könne. Dies hat nichts mit dem Kaiserkult, sondern mit einem recht liberalen Verständnis von Leistung und Führung zu tun. Aus Sicht vieler JapanerInnen haben sich die Mitglieder der Regierung in einem Wettbewerb durchgesetzt und sind daher kompetent, die Herausforderungen zu stemmen, ansonsten hätten sie sich ja nicht durchsetzen können. Die Risiken von Fukushima sind bekannt, die Mehrheit hofft jedoch, den GAU abwenden zu können.

Politik, Wirtschaft und Medien taten dabei einiges, um Hysterie und Panik klein zu halten. Premierminister Kan Naoto (DPJ), bei Pressekonferenzen stets in einem schicken Overall gekleidet, als ob er gleich selber in Fukushima mit anpacken würde, versichert unentwegt seiner Bevölkerung, dass alles Mögliche getan werde. Der Betreiber TEPCO stellte die letzten Tage eine Vielzahl von Rettungsplänen und Sicherheitsvorkehrungen vor, kurz bevor all diese auch versagen sollten. Die japanischen Zeitungen konzentrierten sich in den Tagen nach dem Erdbeben auf Berichte über das Ausmaß der Zerstörung und über Einzelschicksale. Der Ton war durchweg weniger hysterisch als in deutschen Medien. Viele Artikel waren stark appellativ geprägt und schlugen einen national-solidarischen Ton an: Nun, müsse die Nation zusammenhalten, die Menschen sollten sich gegenseitig unterstützen. Man erwarte Kooperation in der Bevölkerung, die Einwohner sollten alle Einschränkungen durch die Hilfsmaßnahmen akzeptieren.⁶ Einige deutsche KommentatorInnen gingen soweit, zu behaupten, dass japanische Medien Informationen zurückhalten würden, um eine Panik zu verhindern. Wer japanische Zeitungen zu Rate zieht, stellt aber fest, dass diese regelmäßig über Strahlenwerte und die Risiken der Radioaktivität

⁶ Mainichi Shinbun, 14.03.2011.

Fukushima: Sinnbild der atomaren Bedrohung

berichteten.⁷ Eine von Japans größten Zeitungen lieferte sogar einen sehr kritischen und reflektierten Artikel zu den Parallelen zwischen Fukushima und Tschernobyl.⁸

Dass es in Japan mit der kollektiven Solidarität bei Weitem nicht so weit her ist, wie einige deutsche „Experten“ behaupteten, zeigte der Gouverneur von Tokyo, Ishihara Shintarô (parteilos), kurz nach dem Beben. Ishihara nannte das Beben und den Tsunami eine „göttliche Strafe“ (*tembatsu*). Die JapanerInnen hätten diese Strafe wegen ihres Egoismus verdient. Ishihara, außerhalb Japans wahrscheinlich am ehesten durch seine rechtskonservativen, nationalistischen Bücher bekannt,⁹ verwendet hier eine ähnliche Argumentation wie die christliche Rechte in den USA nach dem Hurrikan „Katrina“ 2005: Die Zerstörung des Südenpfahls New Orleans sei Gottes Wille und damit gerecht gewesen. Es ist nichts Japanspezifisches, sondern scheint ein globales Phänomen zu sein, dass die konservative Rechte selbst katastrophale Unglücke zur Profilierung ihrer Werteagenda nutzt.

Seit dem 24. März, als der drohende GAU immer wahrscheinlicher wurde, nimmt jedoch der Diskurs in Japan über die langfristigen Risiken des Unglücks in Fukushima stark zu. Erst warnten einzelne Experten, nun auch die Regierung vor dem Verzehr von Nahrungsmitteln aus Nordostjapan. Selbst im Großraum Tokyo sollen Kleinkinder kein Leitungswasser trinken. Die Versorgung mit risikofreien Nahrungsmitteln stellt insbesondere für die Region Tohoku eine zunehmende Herausforderung dar. Nicht nur, dass durch die ständigen Stromausfälle viele Betriebe nicht regelmäßig arbeiten können, auch verweigern viele Zulieferer die Versorgung von Läden und Märkten – ihre LKW-Fahrer haben zu viel Angst, sich dem Strahlenrisiko auszusetzen. Das europäische Japan-Bild ist durch Anime, Manga und Samurai-Filme geprägt. Viele EuropäerInnen sehen in JapanerInnen den emotionslosen, opferbereiten Schwertkämpfer oder Kamikaze-Piloten. Die exotische Vorstellung eines „Fernen Ostens“ befördert das Denken, dass Japan irgendwie anders sein müsse, daher JapanerInnen auch irgendwie anders auf Katastrophen reagieren würden. Die wissenschaftliche Japanforschung erkennt hier jedoch die Gefahr, dass vermeintlich spezifisch kulturelle Charakteristika ethnozentrisch aufgeladen werden. Der Blick hinter den orientalistischen Schleier zeigt, dass in Katastrophenzeiten Menschen in Japan sowohl Angst haben als auch für einander da sind.

Politik und Energiewirtschaft in Japan

Welche Auswirkungen wird die Katastrophe des März 2011 für die japanische Gesellschaft haben? Welchen Stellenwert hat Kernenergie in der japanischen Wirtschaft und in der öffentlichen Meinung Japans? Wird es zu einem Umdenken in der Energiepolitik kommen?

⁷ Bspw. Yomiuri Shinbun, 15.03.2011.

⁸ Asahi Shinbun, 18.03.2011.

⁹ Wohl am bekanntesten: Ishihara Shintarô, „No“ to ieru Nihon [Das Japan, das „Nein“ sagen kann], Tokyo 1989, dt. Titel: Wir sind die Weltmacht, Köln 1992.

Fukushima: Sinnbild der atomaren Bedrohung

Mit 55 Nuklearreaktoren ist Japan weltweit der drittgrößte Atomstromproduzent. Atomenergie macht knapp 35 Prozent des japanischen Energiehaushalts aus.¹⁰ Die japanische Regierung plante, diesen Anteil bis zum Ende des Jahrzehnts auf 40 Prozent zu erhöhen. Die immense Bedeutung der Kernenergie in Japan ist Folge der Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit, der langen Kontinuität politischer und wirtschaftlicher Netzwerke und des Fehlens einer Anti-Atomkraft-Bewegung.

Nach der Beendigung der US-amerikanischen Besetzung 1952 verständigte sich die japanische Elite auf den Verzicht einer Wiederbewaffnung des Landes zu Gunsten wirtschaftlichen Wachstums.¹¹ Der (formale) Verzicht auf Streitkräfte und die Verdrängung des Nationalismus aus dem öffentlichen Diskurs nach dem Kriegsende rückten das Wirtschaftswachstum ins Zentrum nationaler Selbstbehauptung. Für den japanischen Konservatismus bildete das Wirtschaftswachstum ein Ersatzbarometer für nationale Größe. Die Öl-Krise 1973, die einen kurzweiligen Einbruch des japanischen Wirtschaftswachstums verursachte, bestärkte die Überzeugung, dass Japans Wirtschaft langfristig von sicheren Energiekanälen abhängen würde. Arm an eigenen Rohstoffen, wie Kohle oder Erdöl, führte Japan in den siebziger Jahren noch knapp 60 Prozent der Energieträger für seine Kraftwerke aus dem Ausland ein. Die Unsicherheit der Zufuhr fossiler Brennstoffe aus dem Ausland und das konstante Bedürfnis des japanischen Konservatismus nach nationaler Autarkie ließen Atomenergie als beste aller Alternativen erscheinen.

Die massive Expansion der Nuklearenergie in den letzten vierzig Jahren wäre ohne die starke Verflechtung politischer, bürokratischer und wirtschaftlicher Eliten nicht zu erklären. Das „Eiserne Dreieck“ aus Politikern der konservativen Liberaldemokratischen Partei (LDP), der Ministerialbürokratie und Lobbyverbänden der Industrie sorgte für die reibungslose Förderung der Nuklearkraft. Zentrale Gremien zur Planung, Überwachung und Durchführung der Atomkraftproduktion, wie beispielsweise die japanische Atomenergiekommission, waren stets von Personen dieser Gruppen besetzt. Die Verflechtung zwischen Politik, Bürokratie und Wirtschaft geht in Japan soweit, dass insbesondere auf der mittleren und oberen Führungsebene ein reger Personalaustausch stattfindet. Die japanische Politik ist bis in die letzte Zeit davon gekennzeichnet gewesen, dass Ministerialbürokraten, nachdem sie wohlwollende Abkommen mit Unternehmen abgeschlossen hatten, am Ende ihrer Karriere mit gut dotierten Posten in der Industrie abgefunden wurden. Auch in der Atomenergie bleibt die japanische Wirtschaft von den Unternehmensgruppen dominiert, die teilweise seit der ersten Industrialisierungsphase des 19. Jahrhunderts bestehen – Hitachi, Toshiba, Fuji, Mitsubishi u. v. m.

¹⁰ Vgl. Andrew DeWit, “The Earthquake in Japanese Energy Policy”, in: *The Asia-Pacific Journal* 9 (13), 28.03.2011.

¹¹ Artikel 9 der japanischen Verfassung verbietet den Unterhalt militärischer Streitkräfte zur Bewältigung internationaler Konflikte. Diese Formulierung erlaubt jedoch Streitkräfte zur nationalen Selbstverteidigung. Seit dem Koreakrieg verfügt Japan wieder über Militäreinheiten, die Selbstverteidigungsstreitkräfte (*Jietai*) genannt werden.

Fukushima: Sinnbild der atomaren Bedrohung

Die Funktionsweise eines Atomkraftwerks macht einen steten Zugang zu Wasser notwendig. Daher sind fast alle japanischen Nuklearkraftwerke in Küstennähe gebaut. Das damit verbundene Risiko, im Falle eines schweren Erdbebens nicht nur mit den Schäden des Bebens, sondern auch durch potentielle Tsunamis fertig zu werden, muss bekannt gewesen sein. Japan war bereits beim Kantô-Erbeben 1923 und Kobe-Erbeben 1995 mit großflächigen Verwüstungen konfrontiert. Zwischen 1994 und 2003 fanden 20 Prozent aller Erdbeben mit einer Stärke von mehr als 6 auf der Richterskala in Japan statt. Bereits vor dem Beben vom März 2011 hatte eine seismologische Expertenkommission der Regierung prognostiziert, dass die Gefahr eines schweren Erdbebens in den nächsten zehn Jahren bei 70 Prozent und für die nächsten dreißig Jahren bei 99 Prozent läge. Dennoch sollten weitere Atomkraftwerke gebaut werden.

Dieser Regierungskurs war und ist vor allem möglich, da es in der japanischen Gesellschaft keine breite Anti-Atomkraft-Bewegung gibt. Obwohl Japan als einzige Nation jemals von einem Atombombenschlag betroffen war, werden in der öffentlichen Meinung Atomwaffen und Atomenergie nicht in Verbindung gebracht. Seit den Zwischenfällen in den Nuklearkraftwerken Monju und Tokai in den neunziger Jahren gab es aber zumindest gegen den Bau von neuen Atomkraftwerken Widerstand, jedoch nur lokal – hier teilweise durch Moratorien oder Klagen sogar erfolgreich.

Die Frage, warum es in Japan keine so starke Anti-Atomkraft-Bewegung wie in Deutschland gibt, ist eigentlich falsch herum gestellt. Oberflächliche Analysen tendieren wieder zum Ethnozentrismus: JapanerInnen seien obrigkeitshörig, würden weniger widersprechen, die japanische Kultur kenne keine revolutionäre Tradition. Ein Blick auf die Geschichte Japans löst diese Erklärungsansätze jedoch auf. Widerstand und Aufstand haben in Japan eine starke Tradition – von den Bauernaufständen im 18. und 19. Jahrhundert zur Bürgerrechtsbewegung Ende des 19. Jahrhunderts bis zu der sehr militanten Friedens- und Studierendenbewegung der Nachkriegszeit. Bezieht man beispielsweise Frankreich in den Vergleich ein, wird deutlich, dass auch diese Gesellschaft mit ihrer erfolgreichen revolutionären Geschichte über keine mobilisierungsfähige Anti-Atomkraft-Bewegung verfügt. Nicht Japan, sondern die Bundesrepublik ist hier also der Sonderfall.

Die westdeutsche Anti-Atomkraft-Bewegung bezieht unter anderem ihre politische Wirkungsmacht aus der historischen Verbindung mit der Friedensbewegung. Die Wiederbewaffnung, der Beitritt zur NATO und die damit verbundene Stationierung US-amerikanischer Nuklearwaffen sind hier ausschlaggebende Faktoren gewesen. In Japan dagegen vereinbarte die Regierung mit den USA, dass nach 1952 keine Nuklearwaffen auf japanischen Boden stationiert werden durften. Die historische Verbindung mit der Friedensbewegung, die im Japan der Nachkriegszeit die einzige landesweite Sozialbewegung darstellte, konnte sich nicht vollziehen. Einzelne lokale Gruppen fanden in der Politik nur wenige Bündnispartner, einerseits aufgrund der

Fukushima: Sinnbild der atomaren Bedrohung

zwischen 1955 und 2009 fast durchgängigen Regierung der konservativen LDP, andererseits weil Oppositionsparteien wegen des nationalen Konsenses des Primats von Wirtschaftswachstum sich des Themas nicht annehmen wollten.

Bleibt die Frage nach Japans zukünftigen Kurs in der Atomenergie. Trotz Anfängen im Umdenken hinsichtlich der Atomenergie im öffentlichen Diskurs ist ein langfristiger Wandel in der Energiepolitik Japans zweifelhaft. Die sicherheitspolitischen Weißbücher der japanischen Regierung weisen seit einigen Jahren auf die Bedeutung der Energiesicherheit für das Wirtschaftswachstum hin. Mit den politischen Unruhen in den arabischen Ländern, der begrenzten Verfügbarkeit fossiler Brennstoffe, der zunehmenden Unsicherheit der Schiffswege und der sich verschärfenden wirtschaftlichen Situation Japans wird die Politik in Tokyo, gleich welche Partei regiert, wohl weiterhin auf dem Atomkurs bleiben.

Julian Plenefisch, 31.3.2011